

18.04.2017

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.9)

Herr Staatsrat Dr. Krupp trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2017/1043, betreffend

Verordnung über die Gewährung und Rückzahlung eines
Vorschusses bei Pflegezeit und Familienpflegezeit,

vor und weist darauf hin, dass § 5 der mit der Drucksache vorgelegten Verordnung über
die Gewährung und Rückzahlung eines Vorschusses bei Pflegezeit und
Familienpflegezeit wie folgt gefasst werden muss:

„§ 5 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 10. April 2017 in Kraft“.

In der Folge sei zudem in der Begründung der Verordnung der Hinweis zu § 5 zu
streichen.

Der Senat beschließt die mit der Drucksache vorgelegte Verordnung über die
Gewährung und Rückzahlung eines Vorschusses bei Pflegezeit und Familienpflegezeit
mit der vorgetragenen Änderung.

Gr. Verteiler



Für die Richtigkeit


Cornelia Schmidt-Hoffmann

Berichterstattung:
Bürgermeister Scholz
Staatsrat Dr. Krupp

TOP I. 9
Vo

Geschäftsstelle des Senats
Eing.: 07. APR. 2017

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2017/01043
vom: 06.04.2017

Verordnung über die Gewährung und Rückzahlung eines Vorschusses bei Pflegezeit und Familienpflegezeit

A. Zielsetzung

Gewährung eines Vorschusses auf die Besoldung bei Pflegezeit und Familienpflegezeit.

B. Lösung

Beschluss der vorgelegten Verordnung.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Mehrausgaben, die dadurch entstehen, dass der Dienstherr auf Antrag Vorschüsse leistet, werden im Rahmen der Personalkostenbudgets vorfinanziert und nach Ende der Pflegezeit oder Familienpflegezeit durch die Besoldungsempfängerin bzw. den Besoldungsempfänger ausgeglichen.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Die Vorfinanzierung im Rahmen der Vorschüsse verursacht in den Jahren der Gewährung Kosten, die über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital mindern. Diese Kosten werden im Anschluss an die Pflegezeit oder Familienpflegezeit längstens bis zum Ablauf von 48 Monaten seit ihrem Beginn durch die Tilgung der Vorschüsse kompensiert.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

keine

F. Auswirkungen auf:

- ☒ **Familienpolitik**
- ☐ **Klimaschutz**
- ☐ **Bürokratieabbau**
- ☐ **Inklusion**
- ☐ **Gleichstellung**

Die vorgesehenen Regelungen zur Abfederung der finanziellen Folgen durch die Gewährung von Vorschüssen erleichtern Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern die Entscheidung für die erforderliche Betreuung von Familienangehörigen und verbessern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

G. Alternativen

Keine.

H. Anlage

Entwurf einer Hamburgischen Verordnung über die Gewährung und Rückzahlung eines Vorschusses bei Pflegezeit und Familienpflegezeit (Hamburgische Pflegezeitvorschussverordnung – HmbPfZVO)